

# Pressemeldung



## Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Berlin, 15. Mai 2006

### Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 Kriminalitätsrückgang kein Freibrief für Personalabbau

**Berlin.** „Durch den Rückgang der Gesamtkriminalität im letzten Jahr ist das Leben in Deutschland keinesfalls sicherer geworden“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg anlässlich der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2005 (PKS) durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble heute in Berlin. Deutlich werde dies vor allem am drastischen Anstieg der gefährlichen und schweren Körperverletzungen um über fünf Prozent. Freiberg: „Es gibt einen Trend der zunehmenden Verrohung und Gewaltbereitschaft innerhalb unserer Gesellschaft. Auch die Polizei bekommt dies im alltäglichen Dienst auf der Straße zu spüren.“ So sähen sich Polizeibeamtinnen und -beamte bei Festnahmen von Tätern immer häufiger Angriffen von gewaltbereiten Gruppen ausgesetzt, die den Festgenommen befreien wollen. Dabei würden die Einsatzkräfte geschlagen und mit Flaschen und Steinen beworfen. Oftmals müsste Unterstützung angefordert werden.

Der GdP-Vorsitzende: „Es ist zwangsläufig, dass die Summe aller Straftaten sinkt, wenn bei Deliktsfeldern wie der Rauschgiftkriminalität und der Organisierten Kriminalität die Polizei nicht mehr die personellen Ressourcen hat, um den notwendigen, hohen Ermittlungsaufwand dauerhaft aufrechtzuerhalten.“ Der fortschreitende Personalabbau bei der Polizei Sorge vor allem dafür, dass sich das so genannte Dunkelfeld vergrößere. Freiberg warnte die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern davor, die eingeschränkte Aussagekraft der PKS als Argument für eine Fortführung ihrer Personalsparpolitik zu nutzen. Auch der Bevölkerung dürfe nicht suggeriert werden, dass sich ihre Sicherheitslage verbessert habe.

Freiberg forderte eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Kriminalitätslage in Deutschland. So müsse bei der Lagebewertung auch die Weiterentwicklung von technischen Diebstahlsicherungen und die demographische Entwicklung in Deutschland berücksichtigt werden.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190